

Wolf-Georg Rohde
Wirtschaftsprüfer | Steuerberater



Wittekindstraße 31
50937 Köln
Mobil: +49 171 362 16 97
Fax: +49 221 420 06 41
wolf-georg.rohde@wgr-beratung.de
www.wgr-beratung.de
USt-ID-Nr. DE351159001

Köln, 04.03.2024

WGR-Aktuell März 2024

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Demontagen können durchaus die Aussicht auf Innovationen bieten. Der Begriff muss also nicht negativ belegt sein. Der alte Schrott muss weg und dort, wo Fabrikschloten standen, entstehen Rechenzentren mit Energieversorgung aus Sonne, Wind und Geothermie. Dieses schöne, zukunftsorientierte Visionsmodell wünscht man sich auch für die Politik.

Das erste Stadium dafür dürfte die Politik erfolgreich geschafft haben, nämlich das der Demontage. Unabhängig von der eigenen politischen Weltanschauung sind sich nahezu alle Wähler, Politikwissenschaftler und Politiker einig, dass es noch keine Regierungskoalition der Nachkriegszeit geschafft hat, sich so gründlich selbst zu demontieren wie die jetzige Ampelkoalition. Es gibt praktisch kein Vorhaben, das nicht unmittelbar nach Verkündung von mindestens einem der Koalitionspartner als falsch oder unzureichend gegeißelt wird.

Regierungskoalitionen sind zwangsläufig auf Kompromisse angewiesen. Findet man einen solchen, wird das Ergebnis als Beweis einer aktiven, ausgleichenden Tätigkeit propagiert und die Ideologen der jeweiligen Regierungsparteien haben gefälligst die Schnauze zu halten. Ideologen dürfen sich dann austoben, wenn eine Partei über die absolute Mehrheit verfügt, wovor uns der liebe Gott bewahren möge. Vor der Koalition wird geworben, in der Koalition muss gehandelt werden. Dieses Handeln wird als Erfolg verkauft und frühestens ein halbes Jahr vor der nächsten Wahl dürfen sich die Ideologen wieder zu Wort melden.

Bei der nächsten Wahl kann man aber nur dann als Regierungspartei Erfolg haben, wenn die Tätigkeit der Regierung als Erfolg gewertet wird – eine Binsenweisheit, seit es Wahlen gibt.

Die Ampel versucht sich an einem alternativen Modell. Die Tätigkeit wird schon vorher schlecht gemacht, bevor überhaupt klar ist, was dabei herauskommt. In 20% der Fälle meckert nur einer, was schon ein Erfolg ist, in 60% der Fälle meckern zwei und in 20% meckern alle drei. Dabei ist zugegebenermaßen die Stimme des Bundeskanzlers außer

Betracht geblieben. Mit seiner gelegentlich hörbaren Stimme verbessert sich die Quote allerdings nur geringfügig.

Politische Beobachter verorten dieses selbstzerstörerische Verhalten in dem Versuch, die jeweilige Stammwählerschaft zu sichern. Das mag gelingen, jedenfalls bei ideologisch orientierten Wählern. Denen kommt es gewöhnlicherweise auch gar nicht darauf an, Regierungspartei sein zu wollen. Hemmungslose Ideologie lässt sich perfekt in der Opposition popularisieren. Die AFD, die Linke und weitere Gruppierungen beweisen, dass man dafür hohe Zustimmungswerte bekommen kann.

Wenn man also den Ampelkoalitionären unterstellt, dass ihnen in diesem Sinne die Ideologie, pardon Parteiidentität wichtig ist und die Opposition sehnsüchtig erwartet wird, machen sie alles richtig.

Demontage ist derzeit „in“ in der Politik. Das schafft auch die größte Oppositionsfraktion CDU/CSU. Da einigt sich die Ampel mit der üblichen Begleitmusik auf ein Wachstumschancengesetz mit steuerlichen Anreizen, auf das die Wirtschaft sehnsüchtig wartet. Und wer blockiert es, obwohl man sich im Vermittlungsausschuss von Bund und Ländern geeinigt hat? Die CDU/CSU, weil sie spontan und ultimativ darauf besteht, die in einem anderen Gesetz angekündigte Steuerbefreiung des sog. Agrardiesels zurück zu nehmen.

Verständlich, dass die Bauern im wahrsten Sinne des Worte mobil machen, aber es wäre nicht falsch, die in der heutigen Zeit überkommenen Subventionen abzubauen und statt dessen die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu stärken. Eigentlich sollte einer wirtschaftsnahen Partei wie der CDU daran gelegen sein, die positiven Wirkungen des Wachstumschancengesetzes zumindest nicht zu blockieren. Für die Beibehaltung der Agrardieselsubvention kann man ja unabhängig davon eintreten und als Wahlversprechen propagieren. Damit aber einen positiven Beitrag für die Förderung der Wirtschaft zu blockieren, grenzt an Selbstzerstörung und ist jedenfalls eine Demontage. Erinnerungen an eine Mautpflicht für Ausländer werden wach.

Die Gemengelage der Bereitschaft zu Demontagen ist unübersehbar und passt zu den eher düsteren Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Der Appell an die Politik kann daher nur lauten, die Demontageinvestitionen in die richtige Richtung zu lenken. Genügend Möglichkeiten dafür sind vorhanden. Man denke nur an den Bürokratismus. Oder an das viel zu komplizierte Steuerrecht. In den USA ist man als Steuerzahler auf dem Highway unterwegs, in der Schweiz fährt man durch den Gotthardtunnel und in Deutschland ist man Zwangsteilnehmer bei der Rallye Paris-Dakar. Überall sind Sturzlöcher vorhanden und ins Ziel kommt man nur auf Umwegen und mit guten Beratern.

Wir dürfen gespannt sein, ob die Chancen der Demontage genutzt werden. So amüsant diese zur Zeit sind, auf einen konstruktiven Neuanfang kann man nur hoffen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam WGR-Aktuell